

32  
Theater  
Puch  
alle  
Ballma  
Opern  
ist  
reiwill  
ollen  
platz  
ollst  
immer  
3 Uhr  
ld-  
e  
n.  
alle a. S.  
enkos  
G. Geh  
S. Th  
schen Z  
e sich  
ber  
ss.  
rmacher  
nstr 6  
aue  
men  
ie  
zahl  
bis 40  
Gramm  
Januar  
abende  
Stras  
und  
rhen  
unter  
ltern  
hinter  
er Z.

# Neueste Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 45 Jahrgang 213

**Bezugspreis:** für blinde und ansehnliche Bezüge monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00, halbjährlich Mk. 11,00, jährlich Mk. 20,00. Druck der Post bezogen zugunlich postal. Behörde.

**Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit, 1 mm-Breite 20 A. Die Spalte 30 mm breit mit 34mm-zeile 1,50 A. Haben nach Entsch. Entwurfsamt Halle-Saale.

**Mittwoch, 28. Januar** **Geldschein:** Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurier: Nr. 6287. Haupt- Berliner Schriftleitung. — Berlin und Druck von Otto Hehle Halle-Saale

### Neueste Tagesnachrichten

\* Der Volkshafflerzart in Paris beschäftigt sich mit Verteilungsplan der deutschen Kriegs-schiffe.

\* Nach einer Meldung hat das schweizerische politische Departement die Ausstellung von Dr. Helfand-Boreus aus dem Gebiete der Eigenhoffenschaft beschlossen.

\* Nach dem „Daily Express“ hat der englische Delegierte auf der Friedenskonferenz in Paris, Herbert Samuel, seine Demission eingereicht.

\* Poincaré teilt mit, daß er in den nächsten drei Jahren seine Parteiführung übernehme und deshalb auch nicht an die Wiederwahl als Ministerpräsident in Betracht kommen könne.

\* Ein englisch-französisches Flottenabkommen ist geschlossen worden. Eine britische Flotte soll im Schwarzen Meer erneut eine Blockade Rußlands ausüben.

### An die Bewohner des Saargebietes!

Anlässlich des Inkrafttretens der Friedensbestimmungen über das Saarland wird die Saarländervereinigung in Berlin am Samstagabend eine hier beschlossene Versammlung ab, in welcher unter größter Beteiligung einmütig folgende Entschlüsse gefasst wurden:

Wir vergessen Euch nicht!

Wir gedenken in jeder schweren Stunde, da die unerhörten und jebem Rechte der Selbstbestimmung eines Volkes höhnpredenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles über die Lande an der Saar in Wirklichkeit treten, mit den Gefühlen tiefster Trauer unserer Weiber und Schwestern. In treuer Liebe und Unabgähigkeit an unsere ferndeutsche Heimat geben alle Saarländer rechts des Rheines und alle Freunde der Saarlande die heilige Versicherung, daß es nicht einen Augenblick im deutschen Lande vergessen werden soll, daß dort Menschen, in deren Adern kein anderes Blut pulst, als deutsches, in deren Gedanken keine anderen Regungen aufsteigen können, als solche, die von deutscher Kultur und deutscher Meinung Zeugnis ablegen, daß diese unvermischt deutschen Männer, Frauen und Kinder auf 15 Jahre hinaus unter fremder, von ihnen nicht gewünschter Herrschaft leben müssen.

Daß dies Euch Soldaten an der Saar stets bewußt sei und bleibe, wollen wir Saarländer und Freunde des Saargebietes rechts des Rheines in diesen Jahren Eurer saarbezweckten politischen Wirksamkeit von uns die herzlichsten Verbindungen mit Euch pflegen. Denn deutsch ist unser gemeinsames Gefühl, und das kann nicht verdrängt werden durch militärische Grenzen, die von Staatsmännern errichtet wurden, die teils von dem wahren Charakter der Nation des Reiches nicht wissen oder sich nicht der Nation des Reiches nicht wissen oder sich nicht der Nation des Reiches nicht wissen.

Fremde Herren sind über Euch gesetzt, sie haben Euch Eurer politischen Rechte beraubt, daß Ihr nicht Eure Stimme erheben könnt, sie veruchen nun, Eure Meinung, Euer Gefühl und Denken zu verdrängen durch eine wilde Propaganda. Seid vor ihnen auf der Hut, vor ihrem Schmeicheln und Drohen. Bedenkt, daß selbst der Euch überwindende Vertrag von Versailles die Bestimmungen enthält, daß Eure Zugehörigkeit zum Deutschen Reich während der 15 Jahre nicht angeht ist.

Ihr bleibt Deutsche. Und wenn dann in 15 Jahren die Aufforderung einer ungerechtfertigten Abtretung an Euch herantritt, dann dürft Ihr Euren Willen, den Ihr so oft, ungehört von der großen Welt, schon jetzt ausgesprochen habt, laut und einmütig vor aller Welt verkünden, daß Ihr als Deutsche geboren seid und auch als Deutsche sterben wollt, und daß Eure Kinder Deutsche sind und bleiben sollen.

Wir Saarländer sind deutsch und bleiben deutsch! Heute und immerdar!

Was auch die nächste Zukunft bringen mag, gelte unsere Einigkeit dem andringenden Gegner gegenüber ist die beste Abwehr und der beste, sicherste Schutz Eures Deutschland, das Ihr schon in diesem Jahre Eurer Not so heftig und so bereitwillig habt.

Seid aber dessen versichert, daß auch von uns Euer Kreuz um Treue vergolten wird. Wo es Euch Schicksal will, werden alle Deutschen aller Parteien schützend die Hand über Euch halten, einmütig alle Deutschen über Euch Deutsche an der Saar!

In aller Trauer und Not aber soll das der erlösende und erhebende Gedanke sein, daß Euer Schicksal so einem unzerstörbaren Band wird, das

alle Deutschen in der ganzen Welt umschließt. Euer Schicksal ist das Schicksal eines jeden Deutschen. Wir sind ein Volk, nichts kann uns trennen!

### Krone und Staat

Berlin, 27. Januar.

Bei der Vermögensrechtlichen Auseinandersetzung, die zwischen Krone und Staat vorgenommen worden ist und deren Ergebnis morgen der Landesparlamentarium vorgelegt wird, ist vor dem Grundgesetz aufgezogen worden, daß auch nach den Rechtsansichtungen der Revolution das Privatvermögen unverschieden sein soll. Da eine Trennung zwischen dem Staat und dem Privatvermögen des Königs nicht durchführbar war, mußte auch dieses in die Auseinandersetzung mit hineingezogen werden. Eine Kommission, in der sämtliche beteiligten Parteien vertreten waren, wurde unter Leitung von Professor Reichmann aus Königsberg mit den Vorarbeiten beauftragt, die, da es sich um die Liquidation eines unter mindestens fünfzehnjähriger Verwaltung stehenden Vermögens handelte, selbstverständlich einer sehr großen Umfang ergriffen.

Man einige sich nach langwierigen Verhandlungen auf folgende maßgebende Richtlinien:

1. Die Entscheidung darüber, welche Teile des Gesamtvermögens als Privatgut zu gelten haben und welche für den Staat in Anspruch zu nehmen sind, ist auf der Grundlage des früheren Reichsgrundgesetzes zu treffen.
2. Bei der Trennung der Vermögensgegenstände zwischen Staat und der früheren Krone soll organisch Zusammenhängendes nicht nutzlos zerstückelt, Werte übermäßig höherer oder künstlerischer Inhalts sollen möglichst unversehrt erhalten bleiben.

Die Vermögensgegenstände der früheren Königlichem Gemis, die unmittelbar mit den Repräsentationspflichten des Königs der Krone zusammenhängen, werden dem Staat übernommen.

Im Laufe der danach geführten Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Krone von 2½ Millionen Talern, die der Krone im Jahre 1920 beim Abschluß der Summen in den Reichsfinanzen angesetzt worden war, durch einen Betrag von 100 Millionen Mark abzulassen sei. Diese Summe wird indessen nicht an das frühere Königshaus ausbezahlt, sondern als Ablösung für die Krone und Staatsfinanzen, die die Krone nach der gegenwärtigen Steuerfesteinsetzung an sich hätte. Für den weiteren Anteil der Krone aus dem Vermögen der Krone ist eine erhebliche Wertsteigerung, sowohl an Grundstücken und Gebäuden, wie auch an Kunstwerken aller Art, deren Wert auf Hunderte von Millionen zu schätzen ist. Die Regierung hält deshalb der Krone gegenüber einen Anspruch geltend gemacht und daß er nur durch weitere Veräußerung von Gegenständen des früheren Königlichem Gemis erzielt werden soll. Ob der Vergleich auch in der Landesparlamentarium werden wird, ist damit selbstverständlich noch nicht gesagt.

### Die Streikstimmung der Gastwirte

(Von unserem hiesigen Berichterstatter.)

Berlin, 27. Januar.

In der Reichshauptstadt des Deutschen Reiches sind heute nachmittag eine Versammlung der Vertreter der deutschen Gastwirte und Hotelbesitzerorganisationen statt, in der erneut auf der absehbaren Lösung des Reichshauptstadtstilles der Gastwirte gegenüber der Krone, der Reichsregierung, der Reichsregierung, persönlich mit den hier anwesenden Vertretern des deutschen Gastwirtsverbandes zu verhandeln. In der heutigen Sitzung machte sich, wie wir hören, eine starke Abneigung gegen bemerkbar, nachdem in Verhandlungen eintrat. Dem Reichshauptstadtstilles sollen die bekannten Wünsche der Gastwirte und Hotelbesitzer der Reichshauptstadt mit Lebensmitteln nochmals unterbreitet werden. Es resultiert, ist Stimmung in den Gastwirten im ganzen Reich sehr für einen unbefristeten Proteststreik, falls die Regierung ihre Stellung zu den Bestimmungen des Währungsgesetzes nicht einer Revision zu unterziehen gewillt ist. In der heutigen Sitzung wurde beschlossen, nochmals einen Appell an die Öffentlichkeit zu richten.

### Erneute Blockade Rußlands

Zürich, 27. Januar.

„Was de Paris“ meldet: Eine französische Flotte von acht Schiffen, darunter mehrere Panzer, erhielt den Befehl, nach dem Schwarzen Meer auszuweichen. Das britische Mittelmeergeschwader ist gleichfalls in See geschickten.

Eine französisch-englische Flotte wird in den nächsten Tagen in den Dardanellen erwartet, um die allgemeine Blockade der russischen Küste dort zu beginnen.

\* Basel, 27. Januar.

„Was de Paris“ meldet, daß das englisch-französische Flottenabkommen am 16. Januar unterzeichnet wurde. Das Abkommen, welches die Chinesen und das Mittelmeer einschließt, wird dem Kammerauschuss für Auswärtiges vorgelegt. Das Abkommen trägt nach die Unterschrift von Clemenceau.

### Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft

Von Landrat von Rries,  
Vizepräsident der preussischen Landesversammlung.

Die ständig wachsende Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft kommt am klarsten zum Ausdruck in der gewaltigen Steigerung des Gesamtverbrauchs an elektrischer Arbeit. Während im Jahre 1907 in Deutschland nur 443 Millionen Kilowattstunden verbraucht wurden, betrug die bei der Gesamtverbrauchs im Jahre 1917 bereits auf 22 Milliarden Kilowattstunden.

Die frühere preussische Regierung hat dieser Entwicklung die größte Aufmerksamkeit gewidmet und durch Begründung großer Wasser- und Dampftraktwerke die Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung angebahnt, um einer unrentablen Erzeugung von Elektrizität vorzubeugen, preiswürdigere zu wirken und alle diejenigen Gegenden unseres Vaterlandes mit elektrischer Kraft zu versorgen, die bisher nicht imstande waren, selbst dafür Sorge zu tragen.

Die Staatsverwaltung hat diese Bestrebungen, die namentlich während des Krieges energisch gefördert wurden, nicht zur Vollendung kommen lassen. Nimmere plant das Reich, gemäß auf § 2 des Stromlieferungsgesetzes vom 23. März 1919, und auf Artikel 158 der neuen Reichsverfassung, gleichermaßen durch das oben bezeichnete Gesetz des Monopols an der Stromlieferungsleitungen zu erwerben und außerdem auch in der Elektrizitätserzeugung selbst Fuß zu fassen.

Die Fernleitungen von 50 000 Volt Spannung und mehr soll das Reich gegen angemessene Entschädigung übernehmen können, diejenigen die größeren privaten elektrischen Elektrizitätswerke mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, und ebenso die privaten Unternehmen aufstehenden Rechte zur Ausnutzung von Wasserkräften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, sofern diese Arbeit nicht überwiegend für eigene Betriebe bestimmt ist (§ 2).

Einige Anlagen zur Herstellung elektrischer Arbeit und Elektrizitätswerke müssen auf Verlangen des Reiches in Gesellschaften eingebracht werden, an denen das Reich beteiligt ist (§ 3). Die Beteiligung des Reiches an solchen Gesellschaften soll mindestens 50 Prozent betragen. Zum Zweck der Durchführung des Gesetzes sollte nach § 20 des Entwurfs ein Selbstgesetz bis zu 1 Milliarde Mark bereit gestellt werden. Diese Summe ist getrennt vorzubehalten. Die notwendigen Mittel sind im Etat anzuführen. Ob das Gesetz bis in den Eingangsstadium, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, ausdrücklich hervorgehobene Ziel einer besseren Versorgung des gesamten Reichsgebietes mit Elektrizität erreichen wird, erscheint sehr zweifelhaft.

Es ist nicht ohne Interesse, daß sich fast gleichzeitig auch das englische Parlament mit einer Gesetzesvorlage beschäftigt, die die Elektrizitätswirtschaft zur größtmöglichen Wirtschaftlichkeit entwickeln soll. Der englische Entwurf lehnt den Übergang der Elektrizitätsanlagen und Leitungen auf den Staat ab, und schafft Bezirksverbände, in die die vorhandenen und neu einzurichtenden Anlagen eingebracht werden sollen. Die leitenden Gremien über die Elektrizitätswirtschaft soll man in England in die Hände mit diktorischer Gewalt ausgestatteter Personen, der Elektrizitätskommission, legen.

Die Sachverständigen, welche von dem Ausschuss der Nationalversammlung gehört worden sind, sollen sämtliche Vorzüge gemacht haben. Diesen Vorzügen ist der Wunsch nicht gefolgt. Die Regierungsvorlage, welche den fiskalischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellte, ist im wesentlichen unverändert geblieben. In einem neu eingeschickten 1. hat man zwar den Gedanken der Bezirksgesellschaften aufgenommen, welche auf Grund eines bis zum 1. April 1921 einbringenden Gesetzes bis zum 1. Oktober 1921 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Führung des Reiches gegründet werden sollten. Doch dieser Gedanke ist nicht weiter entwickelt, er ist gewissermaßen Programmzweck geblieben. Kern und Stern des Gesetzes sind die oben angedeuteten Monopolvorrichtungen. In welchem Umfang das Reich von dem in § 2 des Gesetzes vorgesehenen Erwerbsmöglichkeiten Gebrauch machen wird, hängt von der Höhe der im Reichshaushalt dafür auszuwerfenden Mittel ab. Die Wirtschaftlichkeit bricht dafür, daß die Mehrheit, die das Gesetz geschaffen hat, die Mittel zu dessen beschleunigter Durchführung nicht verfügen wird. Das absondern die reichsfinanziellen Betriebe billiger und besser arbeiten werden, als die bisherigen privaten und gemischten Betriebe, ist nach den Erfahrungen mit den sonstigen Reichsverwaltungen leider nicht zu hoffen. Im übrigen werden bei der traurigen Finanzlage des Reiches fiskalische Gesichtspunkte bei der Verwaltung der Elektrizitätswirtschaft nicht ausgeblendet werden können und die arbeitslose Bevölkerung wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden erschweren. Als bedeutendes Bedenken gegen die Verstaatlichung privater Elektrizitätswirtschaft ist schließlich noch der durch den Friedensvertrag von Vers-



# Preußenparlament

Berlin, 27. Januar.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die Sitzung des 118. Mittags. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

Die eine längere Vorbereitung erfordert. Die Worten aber bisher vorgelegt und die Ausübung ihrer Geschäfte. Der Reichspräsident hat die Sitzung mit einer Ansprache eröffnet.

# Halle und Umgebung

## Trauerfeier für Professor Dr. Suchland

Einer unserer Besten, dem die Schmach seines über alles geliebten Vaterlandes das Herz bohrte, wurde gestern zu Grabe getragen: Professor Dr. Emil Suchland. Welch hoher Verehrung und Ehrfurchung sich der Entschlafene in weiten Kreisen unserer Stadt erfreute, das bewies die rege Teilnahme an der Trauerfeier.

Unter den herrlichen Säuglingen: Jesus, meine Zuversicht! die Schüler der Kathna Hilberten Später! Begleitet durch die Jung von der Kapelle nach der Ruhestätte, an der Pastor Witt. Segen und Gebet sprach.

## Die Oberlehrer unmittelbare Staatsbeamte?

Von betätigter Seite wird uns geschrieben: Der Vertreter des Vereinsverbandes akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands in Halle hat auch für Halle den bemerkenswerten Vorschlag gemacht, die sämtlichen Lehrer an höheren Schulstellen unmittelbare Staatsbeamte werden und vom Staat gepflegt, angestellt und beaufschlagt werden.

## Die Seife wird teurer

Im neuen Jahre wird leider eine erhebliche Erhöhung der Inlandsseifenpreise eintreten müssen. Hauptgrund dafür ist der kurz vorherige Anstieg der letzten Monate, wodurch die für die Herstellung der Seife unentbehrlichen ausländischen Rohstoffe in der Welt sehr knapp geworden sind.

## Der gefällige Kaiserbrief

Reichspräsident v. Hindenburg hat den „Münchener Zeitung“ den Vorzug gewährt, bei der „Münchener Zeitung“ abgedruckt zu werden. Der Reichspräsident hat den Vorzug gewährt, bei der „Münchener Zeitung“ abgedruckt zu werden.

Das Nachrichten-„Streit“ schreibt uns: Die Gemalte, die in den letzten Tagen die Hauptstadt Straßburg besetzt haben, waren die Gemalte des Reichspräsidenten. Die Gemalte waren nicht auf einem Staatsposten zur Verfügung im Reichsland, sondern befanden sich auf dem Wege zur Bahn, um nach den Westfronten in der Provinz gefasst zu werden, da die Dampfer jetzt besetzt sind.

## Familien-Nachrichten.

Verlobungen und Eheschließungen. Verlobung von Marie Roda mit Ernst Wagner in Halle. — Verlobung von Erna Deparade mit Lehrer Fritz Schröder, Logis-Deparade-Verlobung. — Vermählung Willig Kay und Gertrud geb. Wille. — Vermählung Ernst Zeitzsche und Käthe geb. Hagemann, aurgut. Verlobung.

# Provinz Sachsen

## An die deutschen Landwirte

Die großen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten rufen hiermit den nachdrücklichsten Aufruf an alle Landwirte: Die Lage unserer Volkswirtschaft ist gegenwärtig äußerst gespannt. Die gestiegenen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind ein großes Hindernis für die Industrie.

Die deutsche Landwirtschaft wird und muß dieser Not steuern, soweit es in ihren Kräften liegt. Wo der Ausbruch sich nicht vermeiden läßt, muß die Industrie und die Bevölkerung sich daran setzen, die in der letzten Epoche bis zum Beginn der Frühjahrsernte die in den letzten Jahren zu führen und so weit als möglich abzuliefern.

## Generalanderbund der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften e. V.

Verbandsrat: Vorsitz: Hermann Götze, Vorsitz: Hermann Götze, Vorsitz: Hermann Götze, Vorsitz: Hermann Götze, Vorsitz: Hermann Götze.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

## Verband der deutschen Bauernvereine

Vorsitz: Dr. von Kerkhoff zur Borg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



